

Antrag

Hannover, den 02.09.2025

Fraktion der CDU

Niedersachsen darf nicht weiter Schlusslicht sein: Medizinstudienplätze endlich konsequent ausbauen - Ärztemangel in Niedersachsen langfristig bekämpfen!

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Die jüngst veröffentlichte Auswertung des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) vom 20. August 2025 ist ein alarmierendes Signal für Niedersachsen: Im bundesweiten Vergleich liegt Niedersachsen beim Angebot an Medizinstudienplätzen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl auf dem letzten Platz. Lediglich zehn Studienplätze pro 100 000 Einwohner stehen in Niedersachsen zur Verfügung. Das sind weit weniger als in Schleswig-Holstein (14), Bayern (15), Hessen (18) oder Sachsen-Anhalt (19).¹ Damit erhält die rot-grüne Landesregierung ein verheerendes Zeugnis für ihre Hochschul- und Gesundheitspolitik.

Besonders problematisch ist dieser Befund vor dem Hintergrund, dass die demografische Entwicklung die bereits heute bestehenden Lücken in der ärztlichen Versorgung noch verstärken werden. Laut Statistischem Bundesamt ist rund ein Drittel der Ärztinnen und Ärzte älter als 55 Jahre.² Zahlreiche Hausarztpraxen sind auch in Niedersachsen bereits unbesetzt. Im Jahr 2024 stieg die Zahl freier Hausarzt-Sitze in Niedersachsen erneut um 26 auf insgesamt 549 Sitze an.³ Auch nach Angaben des Marburger Bundes in Niedersachsen sei die Not „sehr groß“. Es fehlten an allen Kliniken Ärztinnen und Ärzte. Es seien deshalb rund 200 Studienplätze zusätzlich notwendig.⁴

Die Ankündigung der rot-grünen Landesregierung, zum Wintersemester 2026/2027 80 zusätzliche Studienplätze in Oldenburg schaffen zu wollen, ist nicht ausreichend, was durch die „rote Laterne“ Niedersachsens in der neuen CHE-Auswertung deutlich belegt wird.

Die Vergangenheit hat gezeigt: Niedersachsen kann mehr. Unter CDU-Wissenschaftsminister Björn Thümler wurden die Medizinstudienplätze in Niedersachsen innerhalb von fünf Jahren um rund 30 % erhöht - von 598 Plätzen im Wintersemester 2017/2018 auf 789 im Wintersemester 2022/2023. Diesen erfolgreichen Weg hat die rot-grüne Landesregierung seit November 2022 nicht fortgesetzt. Die CDU-Landtagsfraktion forderte deshalb bereits im April 2023 einen weiteren Aufwuchs um zusätzlich 200 Medizinstudienplätze in Niedersachsen⁵, was von der Mehrheit aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen im August 2024 abgelehnt wurde.

Eine weitere Chance für die Stärkung des Medizinstandortes Niedersachsen entsteht durch die aktuellen und im Juni 2025 vorgestellten Planungen von Stadt und Landkreis Osnabrück für einen zusätzlichen Studiengang Humanmedizin in Osnabrück mit bis zu 500 Studienplätzen.⁶ Der amtierende SPD-Wissenschaftsminister will sich an diesem einzigartigen Projekt in Osnabrück allerdings nicht

¹ <https://hochschuldaten.che.de/medizinstudienplaetze-in-den-deutschen-bundeslaendern/>.

² https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/05/PD24_N022_12_21.html.

³ <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Hausarztmangel-In-Niedersachsen-sind-549-Hausarzt-Sitze-frei,aerztmangel262.html>.

⁴ <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/studie-zeigt-zu-wenig-medizinstudienplaetze-gegen-aerztmangel,medizinstudium-108.html>.

⁵ Drs. 19/1228 vom 26. April 2023: Antrag der Fraktion der CDU „Flächendeckende medizinische Versorgung in Niedersachsen sicherstellen: Medizinstudienplätze konsequent ausbauen und Anreize für mehr hausärztliche Praxen setzen!“.

⁶ https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/osnabrueck_emsland/Gegen-Aerztmangel-Neuer-Medizinstudiengang-in-Osnabrueck,medizinstudium128.html.

beteiligen und stellt öffentlich klar, dass die Beteiligten in Osnabrück dies aus eigenen Mitteln leisten müssten.⁷

Vor diesem Hintergrund stellt der Landtag fest:

- Es ist alarmierend, dass Niedersachsen beim Angebot an Medizinstudienplätzen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl bundesweit Schlusslicht ist.
- Die unverzügliche Ausweitung der medizinischen Studienkapazitäten um mindestens 200 Studienplätze ist dringend erforderlich, um dem Mangel an Ärztinnen und Ärzten zu begegnen.
- An den bestehenden medizinischen Fakultäten in Hannover, Göttingen und Oldenburg besteht die Bereitschaft, die Studienkapazitäten auszuweiten.
- Die Planungen von Stadt und Landkreis Osnabrück für einen neuen Medizinstudiengang in Osnabrück stellen eine große Chance für Niedersachsen dar und benötigen eine schnelle und zielgerichtete Unterstützung durch die Landesregierung, damit aus Planungen konkrete Studienplätze werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. angesichts der Ergebnisse der CHE-Auswertung unverzüglich eine Task Force „Medizinstudienplätze Niedersachsen“ einzusetzen, die gemeinsam mit den Universitäten einen Fahrplan für die kurzfristige und mittelfristige Ausweitung der Studienplatzkapazitäten erarbeitet,
2. noch in dieser Legislaturperiode verbindlich die Voraussetzungen für die Aufstockung der Studienkapazitäten in den medizinischen Studiengängen zu sichern und 200 zusätzliche Studienplätze in der Humanmedizin zu schaffen,
3. die Anzahl der Professuren für Allgemeinmedizin in Niedersachsen entsprechend der Ausweitung der Studienkapazitäten an allen Studienstandorten bedarfsgerecht auszubauen,
4. bereits im Haushalt für das Jahr 2026 Mittel umzuschichten, um unverzüglich mit der Planung und Umsetzung von bis zu 200 zusätzlichen Medizinstudienplätzen an den bisherigen Standorten zu beginnen,
5. die Planungen von Stadt und Landkreis Osnabrück zur Errichtung einer medizinischen Fakultät konstruktiv zu begleiten und sich aktiv - auch finanziell - daran zu beteiligen,
6. die Zahl der Studienplätze für Human- und Zahnmedizin bis 2030 verbindlich anzuheben, um eine nachhaltige Sicherung der ärztlichen Versorgung in Niedersachsen zu gewährleisten,
7. zu prüfen, ob neben Hannover, Göttingen und Oldenburg an anderen Hochschulstandorten künftig ein Humanmedizinstudium angeboten werden kann,
8. in Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen die Kooperationen mit ausländischen medizinischen Fakultäten bezüglich der Studienkapazitäten nach dem sächsischen Modell „Studieren in Europa - Zukunft in Sachsen“ anzustoßen.

Begründung

Die Ergebnisse der CHE-Studie vom August 2025 sind ein Weckruf: Niedersachsen liegt beim Angebot an Medizinstudienplätzen bundesweit auf dem letzten Platz. Für die Gesundheitsversorgung im Land ist dies ein unhaltbarer Zustand. Die Auswertung verdeutlicht, dass die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung nicht ausreichen und dass es dringender politischer Entscheidungen bedarf.

Mit dem Verweis auf hohe Kosten darf sich die Landesregierung nicht länger aus der Verantwortung stehlen. Ein Medizinstudienplatz ist zweifellos teuer, aber der Preis für fehlende Ärztinnen und Ärzte ist weitaus höher. Die Ergebnisse der CHE-Auswertung müssen deshalb zum Anlass genommen

⁷ <https://www.noz.de/deutschland-welt/niedersachsen/artikel/medizinische-hochschule-in-osnabrueck-land-will-kein-geld-geben-48833756>.

werden, die Ausbildung künftiger Medizinerinnen und Mediziner zur Priorität im Landeshaushalt zu machen.

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass ein entschlossener Ausbau möglich ist. Die CDU-geführte Wissenschaftspolitik hat die Studienplätze bereits um rund 30 % erhöht und damit wichtige Grundlagen geschaffen. Diese Erfolge gilt es nun nicht nur fortzuführen, sondern deutlich zu verstärken. Insbesondere die Planungen in Osnabrück für einen neuen Studiengang bieten eine einmalige Chance, das Defizit spürbar abzubauen. Es wäre politisch fahrlässig, dieses Engagement nicht aktiv zu unterstützen.

Angesichts der Altersstruktur der Ärzteschaft und der absehbaren Ruhestandswellen muss das Land weitere Maßnahmen ergreifen, um die Versorgung langfristig zu sichern. Kurzfristig kann dabei das sächsische Modellprojekt „Studieren in Europa - Zukunft in Sachsen“⁸ als Vorbild dienen: In Sachsen werden seit Jahren zusätzliche Studienkapazitäten in Ungarn geschaffen. Studierende absolvieren ihr Medizinstudium dort, die Studiengebühren werden übernommen, und im Gegenzug verpflichten sich die Absolventinnen und Absolventen, anschließend in Sachsen ärztlich tätig zu werden. Ein vergleichbares Modell könnte auch Niedersachsen helfen, die Lücke bis zum Ausbau eigener Kapazitäten zu überbrücken und gleichzeitig die Niederlassungsbereitschaft im Land zu stärken.

Es braucht jetzt ein klares Signal: Niedersachsen will nicht länger Schlusslicht sein. Die Einrichtung einer Task Force, die Umschichtung zusätzlicher Haushaltsmittel und die verbindliche Planung von mindestens 200 weiteren Studienplätzen sind der notwendige nächste Schritt. Nur wenn die Landesregierung diesem Thema den gebotenen Stellenwert einräumt, kann eine stabile und verlässliche Gesundheitsversorgung in Zukunft gewährleistet werden.

Carina Hermann
Parlamentarische Geschäftsführerin

⁸ <https://www.nachwuchsaerzte-sachsen.de/ueber-das-projekt.html>